

und Entscheidungen. J a l e e liefert dazu verschiedene Perspektiven. Eine gemeinsame Strategie der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, insbesondere auf dem der Rohstoffe, hält er bei einem Minimum an Einvernehmen und Solidarität für möglich, was allerdings problematisch erscheinen mag angesichts der Tatsache, daß die Rohstoffe äußerst ungleich verteilt sind. Offen bleibt auch, ob die Wirtschaften der Dritten Welt spontan wachsen werden, wenn erst einmal die Ketten des Imperialismus abgeschüttelt sind, wie der Verfasser offensichtlich unterstellt.

Die Umgestaltung der Struktur der Weltwirtschaft, die Veränderung der Handelsbeziehungen sowie die gerechtere Verteilung der aus dem Handel resultierenden Entwicklungseffekte erfordert eine Änderung in Zielrichtung und Ausgestaltung der internen Strukturpolitik aller beteiligten Ländergruppen, kurzgefaßt: Importsubstitution und Exportdiversifikation in den Entwicklungsländern, strukturgestaltende und nicht strukturerhaltende Politik in den westlichen Industrieländern, bessere Integration des Außenhandels in die Wachstumspolitik der sozialistischen Länder. Als wichtig in diesem Zusammenhang ist die Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklung als eines Prozesses der Konfliktbildung und Konfliktauflösung zu nennen. Aktive Entwicklungspolitik ist nicht durch Ausschaltung sondern nur durch Transformation von Konflikten und durch Wandel der Formen ihrer Austragung sinnvoll. Dies erfordert neue Lenkungssysteme für praktische Entscheidungsprozesse — wozu die historisch überkommenen Regierungssysteme sicherlich wenig tauglich sind. Nicht Isolation und Autarkie, sondern entwicklungsorientierte internationale Arbeitsteilung, ein allseitig annehmbares System der Kostenumlegung auf Gegenseitigkeit, abgestimmte Rohstoffabkommen, internationale Diffusion des technischen Wissens sind wesentliche Aufgaben eines weltwirtschaftlichen Planungssystems, das selbstverständlich neue politische Entscheidungsstrukturen auf na-

tionaler und internationaler Ebene erfordert.

Udo E. Simonis

S. K. BASU

### **Central Banking in the Emerging Countries**

— A Study of African Experiments —  
Asian Publishing House, London 1967  
308 Seiten

Auf sieben Länder konzentriert der Verfasser seine Untersuchung afrikanischer Zentralbanken, ihrer Entwicklung und Probleme, ihrer Grundsätze (policies) und Praktiken. Die Kriterien für seine Auswahl sind u. a. die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Währungszone(n) (Sterling-Block; Franc-Zone), zu verschiedenen geographischen Regionen nördlich, südlich und östlich (?) der Sahara (Marokko, Tunesien; Nigeria, Ghana, Rhodesien; Libyen, Sudan) sowie das soziale und politische Erbe aus der Kolonialzeit dieser Länder (S. 3).

Nach einer meist bis zur Mitte der 60er Jahre reichenden, aber wenig ausgewogenen Beschreibung der wirtschaftlichen Lage und Struktur sowie des überwiegend vom Ausland beherrschten Bankensystems vergleicht er im einzelnen den Aufbau, die Ziele und Aufgaben der Zentralbanken, die in diesen jungen Ländern weitgehend dem gleichen Muster folgen (S. 3, 77).

Seit der Änderung des Bankgesetzes in Libyen 1963 stehen die Zentralbanken dieser Länder in staatlichem Eigentum. Die Regierungen haben — ausgenommen im Sudan — jedoch kein Recht, den Zentralbanken Weisungen zu erteilen oder bei deren Maßnahmen zu intervenieren. Da aber Währungs- und Fiskalpolitik integrale Bestandteile der Wirtschaftspolitik eines jeden Landes sind, kann eine Zentralbank nicht Ziele verfolgen, die der nationalen Wirtschaftspolitik zuwiderlaufen (S. 70). Zentralbanken sollten daher, wie der Gouverneur der südafrikanischen Reservebank es 1959 vor dem Radcliffe-Committee formulierte, sich eher als unabhängig innerhalb der Regierung als un-

abhängig von der Regierung betrachten (S. 71). Dieses Verhältnis zwischen Zentralbank und Regierung kommt folgerichtig auch in den untersuchten Bankgesetzen zum Ausdruck. Die Zentralbanken in Entwicklungsländern fungieren als „traditionelle“ Regulatoren und als „moderne“ Promotoren der Wirtschaft, wobei der Promotoren-Funktion heute in den Entwicklungsländern mehr Bedeutung beigemessen wird (S. 108).

Zur Erfüllung dieser Doppelfunktion sind den Zentralbanken gegenüber den Banken im Inland, der eigenen Regierung und für Auslands- und Devisengeschäfte Befugnisse eingeräumt und Pflichten auferlegt, wie sie nach Umfang und Bedeutung bei den Zentralbanken in entwickelten Ländern bekannt sind. Zwar können die Befugnisse in dem wenig entwickelten Wirtschafts- und Bankensystem bei weitem nicht voll genutzt werden, doch ist dadurch den Zentralbanken die Möglichkeit gegeben, Erfahrungen zu sammeln und sich kontinuierlich oder flexibel an die wirtschaftliche Entwicklung im Lande anzupassen, um so allmählich in die Aufgaben voll funktionsfähiger Zentralbanken hineinzuwachsen (S. 87 f.).

Neben den für Entwicklungsländer weniger geeigneten traditionellen Zentralbankmitteln erläutert der Verfasser verschiedene „nicht-traditionelle“ Aufgaben und Maßnahmen der Zentralbanken, zu denen auch gehört, daß sie die Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum stärken. Dazu sollen sie die institutionell notwendigen Einrichtungen für Investitionen durch Gründung und Förderung von Sparkassen, Kredit- und Entwicklungsbanken schaffen. Auch der Aufbau eines funktionsfähigen Geld- und Kapitalmarktes zählt hierzu (S. 180, 197 f.). Als Maßnahme zur Beeinflussung des Geldvolumens einerseits und als Regulativ für Importe andererseits empfiehlt der Verfasser mit Nachdruck Importvorauszahlungen nach dem Muster lateinamerikanischer Länder. Für die Höhe (5 % bis 50 % der Importpreise) und die Dauer der Vorauszahlungen soll der Grad der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeit dieser Im-

porte maßgebend sein (S. 122 f.). Solche Maßnahmen seien im Hinblick auf die stets drückenden Zahlungsbilanz-Probleme in Entwicklungsländern von ähnlicher Wirkung wie multiple Wechselkurse und auf jeden Fall einer Abwertung vorzuziehen.

Der Verfasser hat in seiner Studie viele Daten zusammengetragen, die sich z. T. auch auf andere als die untersuchten sieben Länder beziehen. Diese Details verwirren eher als daß sie erläutern. Sie wirken ermüdend, weil sie sehr breiten Raum einnehmen, jeweils zu Einzelproblemen gegeben werden und deshalb nicht einmal ein zusammenhängendes Bild von jeweils einem Land vermitteln. Wegen dieser Mängel kann man aus der Arbeit nur wenig Verwertbares über „Central Banking in the Emerging Countries“ entnehmen.

Johannes Kleszczewski

WOLFGANG ULE

### **Der arabische Sozialismus und der zeitgenössische Islam**

Dargestellt am Beispiel Ägyptens und des Iraks, Materialien und Dokumente (Schriften des Deutschen Orient-Instituts) 1969 C. W. Leske Verlag, Opladen, 263 S.

Ziel des vorliegenden Buches ist die Darstellung der gegenwärtig gültigen Ideologie und der grundlegenden Prinzipien des arabischen Sozialismus und sein Verhältnis zum zeitgenössischen Islam. Hierbei ist es ein Hauptanliegen des Verfassers, der mehrfach in den betreffenden Ländern zu Studienzwecken war und die arabische Sprache beherrscht, besonders unter Heranziehung und Auswertung arabischer Quellen die Eigenständigkeit des arabischen Sozialismus gegenüber dem Kommunismus aufzuzeigen. Wesentlich für das Verständnis der Eigenständigkeit des arabischen Sozialismus ist die Erkenntnis, daß der zum Ausdruck kommende starke Nationalismus ein Wesenselement des durch den Islam geprägten Arabertums darstellt. Auf dieser Grundlage eines spezifischen Nationalismus soll nach der